

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 40. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 25. Februar 2013
Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 22.30 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
Beschluss über die Tagesordnung
2. Mediationsvereinbarung

Weiterarbeit an der Mediationsvereinbarung zum WIE = Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit: Entwicklung von Lösungsvorschlägen auf Basis der gesammelten Interessen, Diskurs darüber
3. Umgang mit Bäumen: Baumfällung am Tempelhofer Ufer
4. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine
5. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Beschluss über die Tagesordnung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 40. Forumssitzung.

Entschuldigt hatten sich für diese Sitzung: Herr Leder, Frau Roterberg-Alemu, Herr Lingenauer und Herr Rehfeld-Klein. Herr Panhoff hatte angekündigt, später zu kommen.

Zentrale Tagesordnungspunkte werden heute sein: die Mediationsvereinbarung mit den beiden Bestandteilen des WIE und des WAS sowie aus aktuellem Anlass zusätzlich das Thema Umgang mit Bäumen. Die Tagesordnung wurde von den Anwesenden so beschlossen.

2. Mediationsvereinbarung

Auf Basis der in der letzten Forumssitzung gesammelten Interessen und Bedürfnisse¹ der Teilnehmenden zum WIE, d.h. zur Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit, sollten heute konkrete **Lösungsvorschläge** gesucht und anschließend (anhand der Interessensammlung dazu) bewertet und ausgewählt werden. Dieses Vorgehen hat sich in der Mediation bewährt. Die Mediatoren baten um die Lösungsideen der Teilnehmenden.

Herr Scholz wies darauf hin, dass zwei entscheidende Institutionen nicht mit am Tisch säßen, nämlich der Geldgeber und Ressourcenverwalter, das BMVBS, und diejenigen, die für die Umsetzung der Sanierung verantwortlich sein werden, d.h. voraussichtlich das WNA (Wasserstraßenneubauamt). Aus seiner Sicht sei das Ziel der Mediation mit Einreichen des Haushaltsentwurfs weitgehend erreicht. Entscheidungen darüber, ob und wieviel Geld bereitgestellt werde für die Sanierung des Landwehrkanals werde etwa im Oktober 2013 zu erwarten sein. Das WSA werde den Landwehrkanal weiterhin unterhalten und dies genauso transparent tun und darüber informieren wie bisher. Herr Bärthel unterstützte, dass es aus seiner Sicht jetzt darum gehen müsse, für alle Spielregeln und Routinen in Bezug auf das Handeln am Landwehrkanal gemeinsam festzulegen.

Herr Dohna betonte, dass aus seiner Sicht die Bürger und Steuerzahler die Maßnahme finanzieren würden und diese sehr wohl am Tisch säßen. Mehrere Teilnehmer/innen bedauerten, dass die ausführende Instanz, das WNA, nicht mit am Tisch säße, da es die Vereinbarungen werde mittragen müssen.

Beschlüsse

Frau Bodenmeier wies darauf hin, dass die gemeinsamen **Beschlüsse des Mediationsforums** noch einmal angeschaut und in eine zukunftsfähige Form gebracht werden müssten. Die Mediatoren sagten zu, hierzu Vorschläge vorzubereiten.

„Handbuch“

Frau Kleimeier regte an, für die weitere Zusammenarbeit **eine Art Handbuch** zu entwickeln, da es bspw. vorkommen könne, dass innerhalb der beteiligten Institutionen, Organisationen und Gruppen die zuständigen Personen wechselten. Diese jeweils neu zuständigen Personen müssten sich dann rasch in die Lage versetzen können, einen Überblick zu erhalten über in der Mediation inhaltlich Erarbeitetes und die Art der Zusammenarbeit und des Umgangs miteinander. Transparenz und Offenheit werde auch zukünftig das zentrale Thema sein.

Elemente der Zusammenarbeit

Die Teilnehmenden diskutierten, wie es in welchen Gremien und mit welchen Zuständigkeiten und Inhalten weitergehen werde.

¹ Die Sammlung wurde als Fotoprotokoll an die Teilnehmer/innen verschickt und ist auf der Internetseite des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de eingestellt.

Aus Sicht von Herrn Appel müsse es ein Gremium geben, das nicht nur Empfehlungen ausspreche, sondern die in den letzten 5 Jahren begonnene **Partizipation** fortsetze. Herr Scholz erklärte, sich zu freuen, wenn auch künftig ein „**Forum**“ existieren würde als Kommunikationsplattform. Zudem stelle er sich Informationsroutinen vor, die bei Bedarf kombiniert werden könnten mit bewährten Formaten wie „Sofort vor Ort“, „**Gefahr in Verzug**“, u.a.m. Insofern dies im Konsens stattfinden werde, sollte versucht werden, diese Kommunikationen zunächst ohne Mediatoren durchzuführen. Auch das WNA werde sich an das Transparenzgebot halten. Zu unterscheiden seien die unterschiedlichen Zuständigkeiten von **WNA und WSA**: WSA für Pflege (und Maßnahmen Dritter), WNA für die Baumaßnahme Sanierung LWK.

Von den Vertreter/innen von BI/Verein BaL und den Anwohnern wurden insbesondere folgende Grundsätze und Elemente für die weitere Zusammenarbeit genannt:

- alle Forumsteilnehmende sollen auch künftig **gleichberechtigte Partner** sein,
- **Neues** sei willkommen,
- Forum in „**Standby-Modus**“ versetzen,
- bei Bedarf Einsatz bewährter Formate wie **Lösungsfindungsgruppen, Arbeitskreise** u.a. ,
- Zweierlei **Informationsroutinen** sicherstellen:
 - routinemäßige Berichterstattung
 - Berichtspflicht bei Veränderungen und Abweichen von getroffenen Vereinbarungen
- **Newsletter**, der auch über den Umsetzungs-, Ausschreibungs- und Vergabestand informiere,
- Erhalt der **AG Landwehrkanal** des WSA und Zuständigkeit der **bekannten Ansprechpartner**.

Herr Scholz erklärte, dass die Unterhaltung des Landwehrkanals wie auch für andere Wasserstraßen im Bereich des WSA Berlin als Standard durchgeführt werde.

Verbindlichkeit der Verabredungen über die Zusammenarbeit

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihre Sorge darüber, ob die gemeinsam zu treffenden Vereinbarungen über das WIE der Zusammenarbeit künftig auch von allen Ebenen der WSV mitgetragen werden. Einzelne befürchteten einen Rückfall in alte „Tonlagen“. Die Mediatoren erinnerten an den Beginn der Mediation, bei dem wichtig war, insbesondere die **Verbindlichkeit** der in der Mediation gefundenen Ergebnisse sicherzustellen. Prinzip der Mediation sei es, dass alle Betroffenen und Beteiligten am Tisch säßen, erklärten die Mediatoren. Wenn Verabredungen in der Mediation getroffen werden, die Auswirkungen auf nicht an der Mediation Beteiligte hätten, seien Verbindlichkeit und Umsetzung der getroffenen Verabredungen in Gefahr – die Motivation der Mediationsteilnehmer/innen drohe zu sinken. Daher sei dieser Punkt besonders wichtig hinsichtlich der weiteren und langjährigen Zusammenarbeit.

Einbeziehen des WNA und aller Handelnden am Landwehrkanal

Herr Bärthel verwies darauf, dass eine Investitionsbündelungsstelle – z.B. das **WNA** – die Sanierung durchführen werde. Er nehme heute mit, dass erforderlich sei, den Sanierungsverantwortlichen (wahrscheinlich das WNA) in die zu treffenden Verabredungen zum WIE mit einzubeziehen. Er stellte in Aussicht, das Thema noch in dieser Woche WSV-intern zu besprechen. Dabei seien aus seiner Sicht 3 Bereiche zu unterscheiden:

- das allgemeine Verwaltungshandeln
- Unterhaltung und Betrieb am Landwehrkanal
- Sanierung.

Alle, die im und am Landwehrkanal über die WSV selbst aktiv würden, seien von den ersten beiden Punkten betroffen. Die Diskussion in der vorangegangenen 39. Forumssitzung habe

ihm deutlich gemacht, dass nicht nur die WSV, sondern auch andere (z.B. Bezirksverwaltungen) Handelnde seien, die Informationspflichten gegenüber dem Forum haben. Herr Dohna schlug vor, einen solchen Passus in das **Vorwort der Mediationsvereinbarung** aufzunehmen.

Organisation von Treffen und Kommunikation

Einige Teilnehmer/innen stellten fest, dass es dahingehend **Koordinationsbedarf** gebe, bei den verschiedenen Zuständigkeiten zu klären, wer z.B. zu den einzelnen Sitzungen **einlade** und wer **Protokoll** führe. Herr Joswig nahm die Idee von Herrn Scholz auf und erklärte, es werde immer einen **Themenverantwortlichen** geben, der dann auch für Einladung etc. verantwortlich sein sollte. Die Mediatoren fassten zusammen, dass die Rahmenbedingungen **institutions- und personenunabhängig** geregelt werden müssten, da es z.B. auch Themenüberschneidungen geben könne. Es sei sicherzustellen, dass die vereinbarten Routinen auch gelebt werden.

Herr Hess verwies darauf, dass im Gutachten des Büros KuK (Krebs und Kiefer) mehrfach darauf hingewiesen werde, dass die Sanierung der Uferwand nur Sinn mache, wenn auch die Instandhaltung der Mauer über Wasser gewährleistet sei. Da dies ein **Zusammenspiel unterschiedlicher Zuständigkeiten innerhalb der WSV** (WNA und WSA) bedeute, befürchte er, dass Probleme vorprogrammiert seien. Herr Dohms stellte klar, dass der Zusammenhang im Gutachten so gemeint sei, dass die Standsicherheit der Mauer oberhalb des Wassers nur gegeben sei, wenn auch die Standsicherheit unter Wasser gegeben sei. Herr Dohna wies darauf hin, dass es sich um mehrere Behörden handle, die hier zusammenarbeiten müssten – BWB, WSA, WNA, Bezirke, u.a.m. – weshalb er persönlich bezweifle, dass das ohne Mediation funktionieren werde. Hier fehle eine **Klammer** für die Verwaltung. Zusätzlich könne es zu Gleichzeitigkeiten kommen, z.B. dass mehrere Lose parallel realisiert würden, Arbeiten durch die BWB erfolgen und zusätzliche Fugenpflegearbeiten durchgeführt würden. Er befürchte, dass das Management dieser Gleichzeitigkeiten und der Struktur aus Handelnden und Nicht-Handelnden (z.B. die Bürger) eine Überforderung der WSV darstellen könne. Frau Bodenmeier ergänzte, dass das Schnittstellenmanagement in Bezug auf technische Informationen hervorragend geregelt sei, es hier jedoch darüber hinaus um **kommunikative Schnittstellen** gehe.

Herr Scholz schlug vor, dass sich das Forum alle 3 Monate trifft. Diesen Raum (1024) im WSA und auch Kaffee und Wasser könne er kostenfrei zur Verfügung stellen. Dazu könne es einen regelmäßig erscheinenden Newsletter geben. Frau Kleimeier bedankte sich für das Angebot. Das **Forum** mit allen Beteiligten und den Mediatoren sei ein Gremium, das zu Entscheidungen komme, Ideen anstoße und Entwicklungen gestalte. Gleichzeitig habe es Entscheidungsfunktion, unterstütze die Qualitätssicherung und trage zur Projektsteuerung bei. Dies könne man 5 Jahre lang machen, sei jedoch aus ihrer Sicht nicht weitere 10 Jahre lang leistbar – zumal sie befürchte, dass ohne die Mediatoren ein erhöhter Organisationsaufwand (Einladungen, Protokolle etc.) dazu kommen werde. Aus ihrer Sicht sei die Sanierung in den nächsten 10 Jahren nur mit einem (unabhängigen) **Projektsteuerer** zu realisieren. Mehrere Teilnehmende erinnerten daran, wie viel Geld durch die Mediation eingespart worden sei, und hielten es für angemessen, dass jetzt eine **externe** Person oder Institution für die **Steuerung und Gestaltung der weiteren Arbeit** engagiert werden müsse.

Herr Bärthel begrüßte die Idee, einen Projektsteuerer einzusetzen für die weitere Koordinierung der Zusammenarbeit. Zugleich räumte er ein, dass zu klären sei, ob das leistbar sei und die hierfür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stünden. Er sagte zu, diesen Vorschlag mitzunehmen. Er betonte, dass es aus seiner Sicht eine Art „Aufsichtsrat“, wie in der letzten Sitzung vorgeschlagen, nicht geben werde, da derjenige, der eine Maßnahme finanziere, auch die Verantwortung tragen müsse. Frau Kayser wies darauf hin, dass aus ihrer Sicht ein Projektsteuerer kein Allheilmittel sei. Für sie sei vielmehr wichtig zu klären und zu vereinbaren, wie zukünftig Maßnahmen, die den Landwehrkanal betreffen, kommuniziert werden sollten, d.h. von wem und an welche Stelle. Herr Dohna ergänzte, dass wichtig sei, auch die Reeder mit einzubeziehen.

Herr Appel schlug vor, dass für die **Finanzierung der weiteren Partizipation** ein **Fonds** einzurichten und dass noch auszuarbeiten sei, wie ein solcher Fonds bestückt werde.

Herr Hess schlug als ersten Ansatzpunkt für die Mediationsvereinbarung folgende Formulierung vor: *Die jeweiligen Projektverantwortlichen/Vorhabenträger verpflichten sich, bei Planungen/Maßnahmen am Kanal, **den Kriterienkatalog in angemessener Weise zu berücksichtigen**, das "Forum" zu informieren, konsultieren und entscheidungsrelevant zu beteiligen.*

Einige Teilnehmer/innen wiesen auf das Projekt zur Planung der Olympiade 2012 in London hin und regten an, sich in Sachen Steuerung und Beteiligung von dem dortigen Projektverantwortlichen Herrn Grewe beraten zu lassen. Daraufhin erklärte Herr Bärthel, dass aus seiner Sicht die Projekte nicht vergleichbar seien. Er gehe davon aus, dass die WSV das allein hinbekommen werde.

Herr Kessen fasste die Zweifel darüber zusammen, inwiefern ein Außenstehender als **Berater** hier wirklich weiterhelfen könne: Es gäbe bereits einige Routinen, die sehr gut funktionierten. Die Teilnehmer/innen hätten in den letzten fünf Jahren viel miteinander erarbeitet und die Sammlung der Interessen und Bedürfnisse zum WIE aus der letzten Forumssitzung zeige, dass schon vieles da sei, auf das aufgebaut werden könne. Jetzt gelte es, konkrete Vorschläge für Routinen und auch für den Umgang mit konfliktreichen Situationen zu sammeln, um daraus Vereinbarungen abzuleiten, die es den Teilnehmenden ermögliche, gut in die Zukunft der Umsetzung blicken zu können.

Frau Bodenmeier stellte die **Themen** vor, die sie aus ihrer Sicht aus den gesammelten Interessen und Bedürfnissen ableite und für die es Regelungen zu finden gelte:

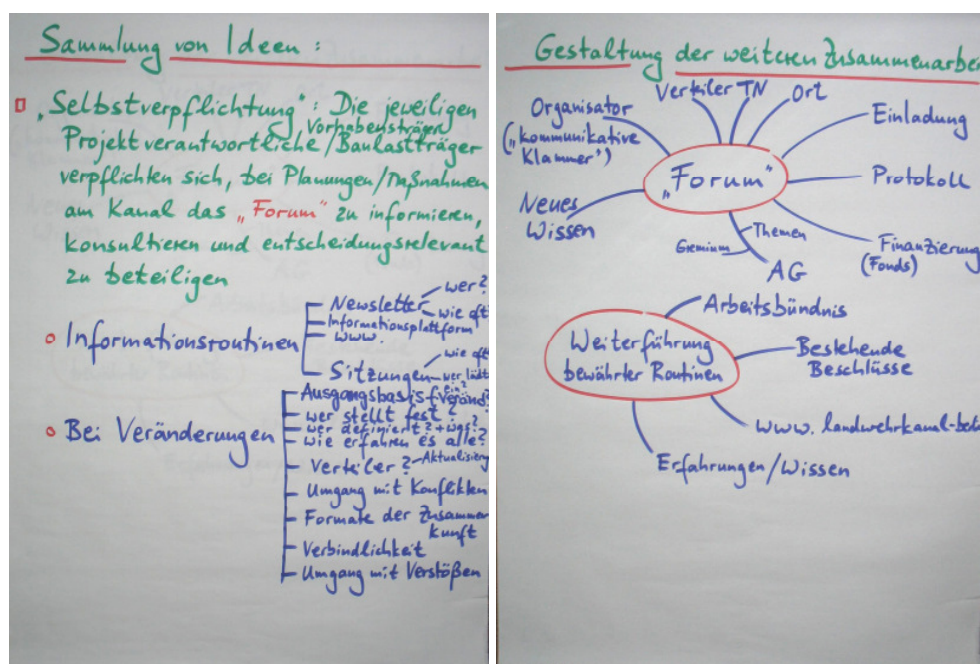
- Information und Transparenz
- Künftiges Gremium / Forum / Stellvertreter/innen
- Digitale Welt, z.B. Internetseite – und die Zuständigkeiten hierfür
- Fortführen erfolgreicher Routinen – und: Wer macht das?
- Projektplan (über Gelder) mit den dazugehörigen Kommunikationslinien
- Wissenstransfer: Wie werden die positiven Erfahrungen weitergegeben?

Frau Fortwengel betonte, wie hilfreich die bisherige Arbeit von **Frau Bodenmeier** war. Sie sollte als Ansprechpartnerin für die Beteiligten auch künftig zur Verfügung stehen. Frau Bodenmeier bedankte sich und erklärte, dass ihre Aufgaben künftig andere Personen übernehmen müssten, da sie keine Mitarbeiterin der WSV sei.

Herr Bärthel schlug vor, dass die **IHK** die Funktion einer „Plattform“ übernehmen könne. Herr Deitmar als Vertreter der IHK erklärte, dass die IHK nicht neutral sei, sondern zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft im Forum sei und daher diese Aufgabe nicht übernehmen könne. Er berichtete, dass bei anderen großen und komplexen Projekten und Baustellen es in Berlin so geregelt sei, dass der jeweilige **Baulastträger die Kommunikation** verantwortlich übernehme.

Ideen und Elemente der künftigen Zusammenarbeit

In der Pause hatten die Mediatoren die im ersten Teil der Sitzung gesammelten Ideen und herausgearbeiteten Elemente in Bezug auf die Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit (des WIE) am Flipchart visualisiert.



Die Mediatoren erläuterten, dass die aufgeführten Ideen und Elemente als Überschriften zu verstehen sind, anhand derer es gemeinsam zu besprechen, auszugestalten und zu formulieren gilt, wie genau deren Umsetzung aussehen soll. Insbesondere:

- Wer wird für was verantwortlich sein innerhalb welcher Zeitläufe?
- Wie genau sehen die einzelnen „Routinen“ aus?
- Wie soll konkret mit Veränderungen umgegangen werden?

Weitere wichtige Aspekte

Die Teilnehmer/innen ergänzten weitere aus ihrer Sicht wichtige Aspekte:

- Eine genaue Definition des jeweiligen **Ist-Zustands** sei erforderlich, um daran bestimmen zu können, ob eine Veränderung vorliege. Anhaltspunkte für den Ist-Zustand lieferten bspw. die HU (Hauhaltsunterlage) und das Baumkataster. Herr Kessen wies darauf hin, dass diese Definition möglicherweise nicht ausreichend sei, da mitunter bereits eine Veränderung wahrgenommen würde, wenn ein Geschehen oder ein Verhalten von den jeweiligen Erwartungen abweiche.
- **Maßnahmen Dritter**, die den Kanal betreffen, seien beim WSA zu beantragen, erläuterte Herr Scholz. Daher werde es einfach sein, diese jeweils zu kommunizieren, z.B. in den von ihm angedachten regelmäßigen Sitzungen.
- Herr Bärthel war wichtig, niemanden aus seiner Verantwortung zu entlassen, und unterstützte die Idee der **Selbstverpflichtung** der Beteiligten. Die Idee eines **Fonds** hielt er für verlockend. Herr Appel ergänzte, dass es bei behördlichen Trägern einen **Haushaltstitel** für Beteiligung gebe, und regte an, daraus finanzielle Mittel für den Fonds bereitzustellen. So können auch eine ggf. erforderliche Mediation im Konfliktfall finanziell abgesichert werden. Die Bürgervertreter/innen plädierten dafür, bei Bedarf das bewährte **Mediationsteam** hinzuziehen, da dieses sich in der Thematik bereits auskenne.
- **Plattform im Internet**: Mehrere Teilnehmer/innen regten an, die bestehende Domain www.landwehrkanal-berlin.de weiterhin zu nutzen und interaktiv auszugestalten, z.B. einen Diskussionsraum einzurichten. Leicht umzusetzen wären auch zusätzliche Tools wie z.B. ein RSS-Feed, erläuterte Herr Appel. Als Administrator würde man über neue Ein-

träge jeweils per Email informiert. Frau Kayser wies darauf hin, dass es ein nicht zu unterschätzender Aufwand sei, das auszuwerten. SenStadtUm vergebe solche Leistungen regelmäßig an Externe.

- Frau Kayser plädierte dafür, **alle Informationen an einer Stelle** zu sammeln. Herr Kittelmann unterstützte diese Sichtweise und sah die Organisation des Informationsfluss beim Vorhabenträger, der WSV. Herr Hess ergänzte, dass für Informationen aus seiner Sicht gelten sollte: Lieber zu viel als zu wenig und lieber zu früh als zu spät. Herr Scholz erklärte sich bereit, die **Funktion der Informationssammelstelle** selbst zu übernehmen. Herr Appel schlug daraufhin vor, eine **Probephase** durchzuführen und anschließend zu evaluieren, ob und wie es funktioniere. Herr Joswig erläuterte, dass Bürgerinformation für die **BWB** (Berliner Wasserbetriebe) gängige Praxis sei. Hier gehe es jedoch um Bürgerbeteiligung und frühzeitige Information, der sie sich als Institution stellen müssten. Auch für die BWB sei eine zentrale Anlaufstelle notwendig. Wenn es bereits in der WSV eine Stelle für Bürgerinformation gebe, könne dort angedockt und auf die Arbeit in der Mediation aufgebaut werden. Herr Scholz verwies auf diverse Projekte des WNA, die mit wohl großartigen öffentlichen Veranstaltungen einhergegangen seien und die auch im Internet angeschaut werden könnten.

Die Mediatoren wiesen erneut darauf hin, dass dieses Mediationsverfahren nicht mit anderen Beteiligungsverfahren – wie z.B. dem in London zu den Olympischen Spielen 2012 – zu vergleichen sei: Gute gemeinsame Lösungen könnten nur auf Basis der jeweils **spezifischen** Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten gefunden werden.

Aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit kamen die Beteiligten darin überein, die Diskussion in der nächsten Forumssitzung fortzuführen. Die Mediatoren baten alle Beteiligten darum, sich **gut auf die nächste Sitzung vorzubereiten** und konkrete Lösungsoptionen mitzubringen.

3. Umgang mit Bäumen: Baumfällung am Tempelhofer Ufer

Frau Voskamp fasste kurz die aktuelle Situation zur Fällung eines Baumes am Tempelhofer Ufer zusammen und bat anschließend die Betroffenen und Beteiligten, die Situation aus ihrer jeweiligen Sicht selbst darzustellen.

Herr Panhoff stellte zunächst die Situation aus seiner Sicht dar. Zudem brachte er seinen Ärger zum Ausdruck über eine von der BI / dem Verein BaL zwischenzeitlich in die BVV (Bezirksverordnetenversammlung) eingebrachte Resolution mit Missbilligungsantrag gegen ihn in seiner Funktion als Baustadtrat. Er sei davon ausgegangen, dass Konflikte in der Mediation besprochen und nicht in politische Gremien getragen würden. Er räumte ein, dass Fehler passiert seien und schilderte die verwaltungsinternen Vorgänge in Bezug auf die Baumfällung. Er sei dabei zu lernen und Dinge weiter zu entwickeln. Er versicherte, die im Bezirksamt mit dem Vorgang befassten Personen hätten nicht in leichtfertiger oder fahrlässiger Art und Weise gehandelt und wollten damit auch keinesfalls provozieren. Herr Panhoff legte dar, welche Veränderungen bereits angestoßen worden seien. Insbesondere werde es künftig ein eigenes Los für die Bäume am Landwehrkanal geben. Damit sei dann dort nur noch jeweils eine Firma tätig. Außerdem sei geplant, eine Schulung durchzuführen für diejenigen Personen, die für die Baumkontrolle entlang des Kanals zuständig seien. Bei strittigen Bäumen sei künftig ein zweites Gutachten einzuholen von einem Gutachter, der das Vertrauen des Forums genieße. Er bekräftigte, dass sie als Bezirk die in der Mediation getroffenen Vereinbarungen einhalten wollten. Er sei um eine Pressemitteilung gebeten worden, zu der er leider vor der Sitzung nicht mehr gekommen sei. Baumersatz werde es geben, jedoch nicht an der Stelle des gefälltten Baumes. Alle Maßnahmen seien zunächst gestoppt worden. Er sei guter Dinge, für den Umgang miteinander im Forum auch gute Lösungen zu finden.

Herr Appel stellte die Situation aus seiner Sicht dar. Er äußerte große Enttäuschung. Der betreffende Baum sei bei der jährlichen Benennungsfahrt 2012 nicht erwähnt worden. Der

Baum habe nicht im Gehwegbereich gestanden, so dass ein möglicher Astabwurf keine Personen gefährdet hätte. Den Baum in dieser Art und Weise zu fällen, verstoße gegen einen der ersten Beschlüsse des Forums zum Thema „Gefahr in Verzug“. Die beteiligten Bürger/innen seien nicht auf die Idee gekommen, dass ein Baum, der mit so viel Aufwand (Betonquader) seinerzeit 2007 gerettet worden sei, nun gefällt werden könne. Herr Appel zählte mehrere Fälle auf, bei denen das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Vorgänge nicht transparent gemacht habe (Weide am Studentenbad, verschiedene Schnittmaßnahmen an Bäumen, Wettbewerbsverfahren Nordufer Urbanhafen). Aus seiner Sicht bestünde noch erhebliches Optimierungspotenzial bei Partizipation und Baumschutz im Bezirk. Zusätzlich habe es bei einer Veranstaltung kürzlich die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch über die eingetretene Situation gegeben, die jedoch nicht genutzt worden sei. Herr Appel habe sich ignoriert und nicht ernstgenommen gefühlt. Aus einem Gefühl von Enttäuschung, Ärger und Ohnmacht heraus sowie aufgrund des Drucks von seiten der eigenen Basis innerhalb der BI/des Vereins BaL habe er die besagte Resolution verfasst.

Herrn Panhoff war wichtig, dass seine Entschuldigung zur Kenntnis genommen werde und der Fall nicht immer wieder hervorgezogen werde. Er wünsche sich, dass alle Beteiligten jetzt nach vorne schauen könnten, da die Fehler mehr nicht zu ändern seien. Frau Dorbert stellte klar, dass es der BI / dem Verein nicht um Kritik an der Person von Herrn Panhoff gehe, sondern um eine Haltung der Verwaltung, die aus ihrer Sicht bereits seit einigen Jahren bestehe und sich nicht verändere. Wiederholt seien Dinge zugesagt und versprochen worden, die dann nicht eingehalten worden seien. Sie wüssten sich nicht zu helfen und sahen keine andere Möglichkeit mehr, ihrem Ärger und ihrer Enttäuschung Ausdruck verleihen.

Frau Kleimeier ergänzte, dass sie über die betreffende Fällung entsetzt gewesen sei – zumal zu diesem sensiblen Zeitpunkt. Sie habe das direkte Gespräch gesucht und einen Termin vereinbart, an dem Herr Panhoff und Herr Koller sowie Herr Heß, Herr Dohna, Frau Fortwengel und sie selbst teilgenommen hätten. Das Gespräch sei sehr intensiv und gut gewesen. Wichtig sei ihr vor allem die Aussage von Herrn Panhoff gewesen, dass er zur Mediationsvereinbarung stehe und dass er bei sich im Hause auslote, was sich verändern lasse, damit so etwas nicht wieder geschehen könne.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass es starke Betroffenheiten auf beiden Seiten gebe. Mit Blick auf den Verfahrensstand sei die Frage zu klären, was dies für die Mediation und die noch zu treffenden Vereinbarungen über die künftige Zusammenarbeit bedeute. Das Beispiel zeige, wie rasch eine schwierige und herausfordernde Situation eintreten könne. Erfahrungsgemäß komme es, sobald man anfangen zu bauen, zu Veränderungen. Wichtig sei es, dafür schon jetzt – soweit möglich – tragfähige Vereinbarungen zu treffen.

Herr Dohna erklärte, dass diese Situation für ihn und die Personen, die er vertrete, die Notwendigkeit verdeutliche, dass die zu treffenden Vereinbarungen einklagbar sein müssen. Er sehe nicht, dass Vertrauen entstehen bzw. gesichert werden könne, ohne dass es Sanktionen für Verstöße gegen Vereinbarungen gäbe.

Herr Kessen hörte heraus, dass es Herrn Dohna vor allem darum gehe, sich auf Verabredungen immer mehr verlassen zu können und das Mediationsverfahren zu einem guten Ende zu führen. Die Wut auf beiden Seiten habe eine Menge Energie gekostet und es sei deutlich geworden, wie wichtig es sei, sich eine Ebene zu bewahren, um sich austauschen zu können und sich den jeweils anderen als Gesprächspartner zu erhalten. Die Beteiligten hätten sich aus seiner Sicht gegenseitig in maximale Schwierigkeiten gebracht – die Bürgervertreter in ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber ihrer Basis und Herrn Panhoff durch die Resolution mit Missbillungsantrag, dabei seien sie doch für eine gemeinsame Sache unterwegs.

Frau Kayser betonte, dass aus ihrer Sicht der Konflikte zuerst im Forum hätte besprochen werden sollen. Ihn nach außen zu tragen schwäche dieses Gremium, ergänzte Herr Panhoff. Herr Kessen erklärte, dass dies bspw. ein Baustein der Mediationsvereinbarung sein könnte, erst alle Möglichkeiten zu nutzen, die dieses Gremium biete, bevor ein Konflikt nach außen getragen werde.

Frau Bodenmeier bot an, hinsichtlich möglicher Bausteine für die Mediationsvereinbarung etwas für die nächste Sitzung vorzubereiten. Dieser Vorschlag wurde allgemein begrüßt.

4. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine

Mehrere Personen hätten zwischenzeitlich zurückgemeldet, Probleme mit dem Forumstermin am 18. März 2013 zu haben. Nach kurzer Diskussion kamen die Beteiligten darin überein, dass der 18. März 2013 für eine Arbeitsgruppen-/Redaktionssitzung genutzt werden solle und dass der Sitzungsbeginn dann etwas früher liegen werde. Genaueres werde in der nächsten Forumssitzung am 4. März 2013 besprochen und vereinbart.

5. Verabschiedung

Die Mediatoren schlossen die Sitzung um 22:30 Uhr und wünschten allen einen guten Heimweg.